

In den klassischen Schriften der bürgerlichen Nationalökonomie liest man, dass der Preis der Waren sich aus drei Teilen zusammensetzt: Lohn, Unternehmerprofit und Bodenrente. Mit anderen Worten will das sagen, dass den Arbeitern von dem Ertrag ihrer Arbeit nicht nur von ihren unmittelbaren Ausbeutern, den Kapitalisten, sondern auch noch von den Grundbesitzern ein Stück weggenommen wird. Während aber die Unternehmer sich ihren Anteil durch eigene Anstrengung und Initiative erobern müssen, brauchen die Grundbesitzer keinen Finger zu rühren; der Tribut, den sie erheben, fällt ihnen durch das Spiel der ökonomischen Kräfte mühelos in den Schooss.

Eine der drückendsten Formen dieses Tributs ist die städtische Bodenrente. In den Grossstädten drängen sich grosse Menschenmassen dicht zusammen, denn grosse Entfernungen bedeuten Zeitverlust und im Kapitalismus ist Zeit Geld. Die glücklichen Besitzer des Bodens erheben für das Erlaubnis, dort Fabriken oder Wohnhäuser zu bauen, schwere Abgaben, die aus den Profiten oder Mietzinsen bezahlt werden müssen. So teilen sie als Parasiten in den grossen Mehrwertmassen, die dort aus den Arbeitern gepresst werden. Mancher Bauer, der in der Nähe der sich rasch ausdehnenden Grossstadt ein par Hektar des dürrsten, unfruchtbarsten, wertlosesten Sandbodens besitzt, wo nichts wachsen will, sieht auf einmal sein Sand in Gold verwandeln. Schlafend wird er reich, wird er zum Millionenbauern, der sich eine prächtige Villa mit schönem Garten bauen lässt und in einem eigenen Auto fährt.

Das Privateigentum an Grund und Boden, das die Grundrente erzeugt, bewirkt, dass eine ganze Schaar von Parasiten: Millionenbauern, Grundspekulanten, Hausagrariern auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung lebt. Die hohen ~~Mietzinsen~~, die sie verzehren, werden in der Gestalt von ~~Mietzinsen~~ Einkommen Mietzinsen von der ganzen städtischen Bevölkerung aufgebracht. Aber das ist das Schlimmste nicht. Wenn nur die Löhne in der Grossstadt um gerade so viel wie die Mieten höher sind, kommt es für die Arbeiter auf dasselbe hinaus. Zwar ist damit die Sache für ihn nicht belanglos geworden; die allmählich steigenden Mietspreise nagen fortwährend an dem Lohn und nötigen den Arbeiter, durch stetige schwierige Kämpfe um Lohnerhöhung diese tückisch-schleichende Gaunerei unwirksam zu machen. Gelingt ihm dies jedoch, so stellt die Bodenrente bloss einen Abzug vom Mehrwert dar, eine Verringerung des Unternehmerprofits, einen Anteil an der Beute, die die industriellen Löwen dieser schmutzigen Schakalenbande zu überlassen gezwungen sind. Das war auch die Auffassung der Vertreter des industriellen Kapitals, die früher, als die Arbeiter noch nicht widerstandsfähig waren, wiederholt gegen dieses "ungerechte und empörende Privileg" der Grundbesitzer, ihren Profit zu schmälern, loszogen.

Diese Besteuerung ist also für die Arbeiter das Schlimmste nicht denn sie ist durch Lohnerhöhungen zu begegnen. Aber keine Lohnsteigerung kann die schwere Schädigung der Volksgesundheit aufheben, die dieser Zustand mit sich bringt. Wegen des teuren Bodens werden die Häuser und die Menschen dicht zusammengedrängt; für Gärten ist kein Raum, Etagen werden auf einander getürmt, die Wohnungen sind klein und ungesund. Licht und Luft fehlen. Ungeheure Millionen muss die Stadt für winzige Parks aufwenden. Und nur dadurch kann der Arbeiter ein bisschen frische gesunde Luft einatmen, dass er am Sonntag in die umgebenden Wälder hinausgeht. Denn glücklicherweise ist nicht aller Boden Privateigentum, sondern ausgedehnte Forsten liegen als Staatsdomänen um die Stadt herum.

Der Staat hat es in der Hand, durch seine Gesetzgebung zu verhindern, dass die Volksgesundheit dem Reichtum einzelner Individuen geopfert wird. Von bürgerlicher Seite wird schon längst die Notwendigkeit einer Wertzuwachssteuer verteidigt, die der Stadt einen Teil des Wertzuwachses sichert, der durch ihre Ausbreitung sonst dem daran völlig unbeteiligten Millionenbauern zufällt. Man brauchte nur der Stadt, der ~~ganzen~~ gesammten Bevölkerung, ein Recht

auf den ganzen Wertzuwachs zu geben, und der Bodenwucher wäre unmöglich. Dann würde die ganze Bevölkerung, die die vielen Nachteile des engen Zusammenlebens erleidet, auch die Früchte davon pflücken. Sie hätte es selbst in der Hand, allen daraus herauswachsenden Schädigungen ~~der~~ ihrer Gesundheit vorzubeugen.

Muss man einen solchen Schutz der Bevölkerung im allgemeinen Sinn als Aufgabe des Staates bezeichnen, der sich als Vertreter der Volksinteressen ansieht, so wird keiner so etwas von dem preussischen Staat erwarten. Denn der preussische Staat hat sich immer nur als Vertreter der Ausbeuterinteressen erwiesen. Die Sache der Parasiten, die auf dem Körper des Volkes schmarotzen, hat er immer zu seiner Sache gemacht. Sie gegen das Volk schützen war immer seine hehrste und heiligste Aufgabe.

Aber damit giebt sich der preussische Staat noch nicht zufrieden. Er will nicht nur Schutzwache des Ausbeutertums sein, sondern er will selbst an der Ausbeutung teilnehmen. Nicht nur die stolze Rolle des Beschützers sondern auch die schmutzige Rolle des Parasiten selbst will er spielen. Nicht nur denkt er nicht daran, den Grundspekulanten und Millionenbauern das Handwerk zu legen, sondern er wird selbst zum Millionenbauern, der sich durch den Wertzuwachs der Staatsforsten in der Nähe der Grossstadt bereichert. Er gebietet der Schädigung der Volksgesundheit keinen Einhalt, sondern verschlimmert sie, indem er das Wald, die Lunge der Grossstadt, als Baugrundstücke verkauft und damit den Arbeitern die letzte Möglichkeit nimmt, einmal wöchentlich gesunde Luft einzuatmen.

Der K Landwirtschaftminister Von Arnim fragte im Abgeordnetenhaus: ist es unsere, des Staates Aufgabe, für Volkswälder bei den grossen Städten zu sorgen? Die Stadt Berlin kann ja Wald von uns kaufen. Genau so wie irgend ein beliebiger Junker von Machnow reden könnte: was scheeren mich die Berliner! Soll ich mein Wald nicht verkaufen, bloss damit die Berliner dort spazieren können? Alsob der Staat nicht noch andere Aufgaben hat als der Privatmann, der nur an die Bereicherung denkt, die ihm die Grossstadt bringt.

Aber daran tritt nun der wirkliche Charakter des preussischen Staates klar zu Tage. Was die Herren so nennen, ist eine Gesellschaft von Junkern und Bureaukraten, die das Land Preussen als ihr gemeinsames Rittergut betrachten und verwalten. Weshalb sollen die Landjunkere aus Pommern auch nicht von dem Segen des Millionenbauern mitgeniessen und aus ihrem gemeinsamen Besitztum Grunewald die Millionen herausschlagen, die z.B. zum Unterhalt ihrer Jagdviere dienen können, damit sie für das edle Waidwerk nichts zu zahlen brauchen. Was scheeren uns die Berliner Arbeiter? Wenn sie sich nicht ruhig verhalten, lassen wir drein schiessen.

Auf dem ersten Blick erscheint die Parzellierung des Grunewalds nur als eine Berliner Angelegenheit. Aber durch die Klarheit, womit sie das Wesen des preussischen Staates beleuchtet, bekommt sie ein Interesse für die ganze Arbeiterbevölkerung.

(ap)